



Protokoll der 43. Sitzung der Parlamentarier-Konferenz Bodensee

Datum	Freitag, 24. Oktober 2014
Zeit	10.30 - 12.30 Uhr
Ort	Berggasthaus Hoher Kasten, Brülisau
Vorsitz	Thomas Mainberger, Grossratspräsident Kanton Appenzell Innerrhoden
Protokoll	Karin Rusch, Sekretärin Ratskanzlei Appenzell Innerrhoden

Teilnehmer

Appenzell Ausserrhoden	Rütsche-Fässler Ursula	1. Vizepräsidentin des Kantonsrats
	Beeler Edith	Kantonsrätin
	Lutz Susanne	Kantonsrätin
Appenzell Innerrhoden	Federer Pius	Grossratsvizepräsident
	Breitenmoser Martin	1. Stimmzähler
	Dörig Markus	Ratschreiber
Baden-Württemberg	Wolf Guido	Landtagspräsident
	Hahn Martin	Landtagsabgeordneter
	Reuther Wolfgang	Landtagsabgeordneter
	Storz Hans-Peter	Landtagsabgeordneter
	Böhm Stefan	Regierungsdirektor
Bayern	Ziegenbalg Florian	Parlamentarischer Berater
	Bocklet Reinhold	1. Vizepräsident des Landtags
	Beisswenger Eric	Landtagsabgeordneter
Fürstentum Liechtenstein	Wengert Paul	Landtagsabgeordneter
	Frick Albert	Landtagspräsident
	Beck Christoph	Landtagsabgeordneter
Schaffhausen	Konzett Bargetze Helen	Landtagsabgeordnete
	Müller Markus	Kantonsrat
	Zubler Kurt	Kantonsrat
St.Gallen	Schlegel Paul	Kantonsratspräsident
	Bischofberger Felix	Kantonsrat
	Freund Walter	Kantonsrat
	Kofler Josef	Kantonsrat
	Renn Matthias	Mitarbeiter Ratsdienst
Thurgau	Wiesmann Schätzle Sonja	Grossratspräsidentin
	Arnold Max	Grossratsvizepräsident
	Lüscher Bruno	Kantonsrat
	Zweifel Fritz	Kantonsrat
Vorarlberg	Sonderegger Harald	Landtagspräsident
	Nussbaumer Gabriele	Landtagsvizepräsidentin
	Gross Adi	Landtagsabgeordneter
	Michalke Cornelia	Landtagsabgeordnete
	Goldgruber-Reiner Borghild	Landtagsdirektorin
Zürich	Johner Brigitta	Kantonsratspräsidentin
	Weber-Gachnang Theresia	1. Vizepräsidentin des Kantonsrats
	Steiner Rolf	2. Vizepräsident des Kantonsrats

	Lenggenhager Marcel	Mitglied der Geschäftsleitung
Referenten	Büchel-Germann Martina	Leiterin Abteilung Europaangelegenheiten, Vorarlberg
	Leupold Thorsten	Bodensee Standort Marketing
Gäste	Büchelmeier Josef	Geschäftsführer Internationaler Städtebund Bodensee

1. Eröffnung

Thomas Mainberger, Grossratspräsident des Kantons Appenzell Innerrhoden, eröffnet die 43. Sitzung der Parlamentarierkonferenz Bodensee und gibt einen kurzen Überblick zum gewählten Tagungsort und zum Hohen Kasten.

Appenzell Innerrhoden habe den Vorsitz in diesem Jahr gerne innegehabt. Bezüglich der Wirkung und der Nachhaltigkeit der Konferenz habe er persönlich aber gelegentlich Fragezeichen gesetzt. Für ihn ist die Distanz zwischen der Arbeit im Parlament und dem, was an der Parlamentarierkonferenz besprochen wird, insgesamt sehr gross.

Er wünscht sich für die Konferenz insgesamt mehr Kraft, Verpflichtung und Ausstrahlung. Das sei allerdings schon deshalb schwierig, weil das Präsidium jährlich wechselt, und wird durch den Umstand, dass in vielen Parlamenten während des Kalenderjahres das Präsidium auch noch wechselt, gleich nochmals erschwert. Positiv ausgedrückt kann man sagen, dass die Konferenz ihren statutarischen Zielen und Aufgaben da und dort nachzukommen vermag. Nichts mehr, aber auch nichts weniger.

Es ist wichtig, darüber nachzudenken, wie die Konferenz auszugestalten ist, damit sie als bedeutungsvolle Konferenz wahrgenommen wird. Dazu muss jedes Mitgliedland und jeder Mitgliedkanton zunächst bei sich anfangen. Die Verankerung beginnt bei jedem Einzelnen. Man hat sich hierbei aber auch bewusst zu sein, dass man bei internationalen Konferenzen die Erwartungshaltung nicht zu hoch ansetzen darf, denn die politischen Aufgaben, Interessen und Schwerpunkte sind dies- und jenseits der Grenzen oftmals halt doch unterschiedlich.

Es bleibt im Rückblick aber auch viel Positives. Das Präsidium war mit Interessantem und einer bleibenden Horizonterweiterung, die weit über die Bodenseefelchen und die Seebestattungen hinausgehen, verbunden. Es konnten wertvolle persönliche Kontakte geknüpft werden. Dafür sei er der Konferenz und allen Konferenzteilnehmern sehr dankbar. Hier findet ein lebhafter Austausch statt, und allein schon dies sei sehr wichtig.

Für die heutige Konferenz haben sich entschuldigt:

- Thomas Scheitlin, Stadtpräsident St.Gallen und Vertreter des Internationalen Städtebunds
- Klaus-Dieter Schnell, Leiter der Geschäftsstelle der IBK
- Markus Linhart, Bürgermeister der Stadt Bregenz

Die vorgelegte Tagesordnung ist genehm.

2. Protokoll der Sitzung vom 28. März 2014

Das Protokoll wird ohne Änderungen genehmigt.

3. Bericht der Präsidentenkonferenz vom 27. Juni 2014

Die Präsidentenkonferenz der Parlamentarierkonferenz Bodensee fand am 27. Juni 2014 auf dem St.Anton in Oberegg AI statt. Grossratspräsident Thomas Mainberger gibt einen kurzen

Überblick über die beratenen Themen:

- Austausch über Artikel 13 des Statuts der Konferenz „Beschluss im Konsens“:
 - Die anwesenden Teilnehmer teilten die Auffassung, dass Konferenzbeschlüsse nur als angenommen betrachtet werden können, wenn Konsens besteht. Gibt es offene Gegenstimmen, besteht kein Konsens, und das Geschäft kann nicht als angenommen betrachtet werden. Demgegenüber hindern Stimmenthaltungen das Zustandekommen eines Konsenses nicht. Das Vorgehen beim Beschluss vom 28. März betreffend „Resolution Felchenertrag“ wurde daher als richtig erachtet.
 - Es wurde die Meinung vertreten, dass mit der verlangten Einstimmigkeit einem Beschluss zusätzliches Gewicht verliehen werden kann. Diese Form der Beschlussfassung wird auch von anderen internationalen Konferenzen so praktiziert. Die Präsidentinnen und Präsidenten waren der Meinung, dass man beim Verfahren und dem Statut in der vorliegenden Form bleiben soll.
- Alpenraumstrategie (EUSALP):
 - Franziska Borer Blindenbacher, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Dienst für Ökonomie beim Bundesamt für Raumentwicklung, stellte den Teilnehmern das Thema „EUSALP - Makroregionale Strategie Alpenraum“ vor. Sie regte an, dass sich die Parlamentarierkonferenz Bodensee an der öffentlichen Konsultation beteiligen soll.
 - Es wurde festgestellt, dass die Thematik in vielen Kantonen und Ländern noch nicht besprochen worden ist.
 - Die Teilnehmer beschloss, dass sich die Konferenz an der laufenden Konsultation zur Strategie beteiligen soll und das Thema an der Herbstkonferenz zu traktandieren ist.
- Die Daten für die Konferenzen der Parlamentarierkonferenz Bodensee im Jahre 2015 wurden festgelegt.

4. EUSALP (Makroregionale Strategie Alpenraum): Vernehmlassung

Grossratspräsident Thomas Mainberger begrüsst Martina Büchel-Germann, Leiterin Abteilung Europaangelegenheiten, Vorarlberg, und führt ins Thema EUSALP - Makroregionale Strategie Alpenraum ein.

Martina Büchel-Germann führt im Rahmen ihres Referats zusammengefasst Folgendes aus:

Mit ihren makroregionalen Strategien stellt die Europäische Union ein Kooperationsinstrument zur Bewältigung von spezifischen Herausforderungen und zur Nutzung von spezifischen Chancen von transnationalen Funktionsräumen zur Verfügung. Die makroregionalen Strategien sollen zu einer Harmonisierung der Förderinstrumente führen, mehr neue Projekte generieren und die institutionelle Koordination fördern.

Die Einführung einer makroregionalen Strategie ist nicht mit zusätzlichen Fördermitteln verbunden, es werden keine neuen gesetzlichen Regelungen erlassen, und es werden auch keine neuen Institutionen gegründet. Die Strategie soll aber als Instrument dienen, mit dem die Koordination verstärkt und die bestehenden Mittel effektiver eingesetzt werden.

Bei der EUSALP geht es inhaltlich insbesondere um den Alpenraum. Der Weg zur EUSALP kann zusammenfassend wie folgt dargestellt werden:

- 2011/12: Grundsatzresolution im Rahmen der Arge Alp
- 2012: Resolution der Alpenregionen

- 2012/13: Multinationales Redaktionsteam
- Dezember 2013: Mandat des Europäischen Rats
- 2014: Treffen EK-Aussenminister, Diskussionspapier
- 2014: Konsultation
- Dezember 2014: Konferenz in Mailand
- März 2015: Entwurf EK-Mitteilung - Strategie und Aktionsplan
- 2015: EK-interne Folgenabschätzung und Finalisierung bis Juni
- Oktober 2015: Verabschiedung durch Europäischen Rat
- 2015: Beginn der Umsetzungsphase

Der Prozess war bisher durch einen Steuerungsausschuss und drei Untergruppen organisiert.

Das nun vorliegende Konsultationspapier zu EUSALP enthält 28 Fragen zum allgemeinen Rahmen, zum nachhaltigen Wachstum und zur Innovation in den Alpen, zur Konnektivität für alle sowie zur Nachhaltigkeit im Alpenraum.

Abschliessend zeigt Martina Büchel-Germann den geographischen Rahmen von EUSALP auf und berichtet über die bisher gemachten Erfahrungen mit makroregionalen Strategien.

Im Anschluss an die Präsentation beantwortet Martina Büchel-Germann verschiedene Fragen zum Thema.

Grossratspräsident Thomas Mainberger bedankt sich für die interessanten Ausführungen. Er stellt fest, dass die Zeit für die Ausarbeitung einer Stellungnahme seitens der Parlamentarierkonferenz sehr kurz war. Er vertritt aber die Meinung, dass die Möglichkeit zur Stellungnahme genutzt werden sollte. Die Mitglieder der Konferenz haben bereits vorgängig zur heutigen Sitzung den Entwurf für eine Stellungnahme erhalten.

Vorerst führt Grossratspräsident Thomas Mainberger eine Abstimmung zur Grundsatzfrage durch, ob eine Stellungnahme zur EUSALP abgegeben werden soll.

In der Abstimmung sprechen sich die Sitzungsteilnehmer ohne Gegenstimme dafür aus, eine Stellungnahme einzureichen.

Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern, hat zum Entwurf der Stellungnahme verschiedene Änderungsvorschläge eingereicht. Er stellt diese den Teilnehmern kurz vor.

Die Sitzungsteilnehmer sind mit den Änderungen von Paul Wengert einverstanden.

Die Konferenz beschliesst einstimmig, dass die Stellungnahme zu EUSALP unter Vorname der beschlossenen Änderungen eingereicht wird.

5. Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz

Josef Büchelmeier, Geschäftsführer des Internationalen Städtebunds Bodensee, stellt das Geschäft in Vertretung von Markus Linhart, Bürgermeister der Stadt Bregenz, vor. Dieser hat die Parlamentarierkonferenz bereits an ihrer Frühjahrssitzung über die bestehenden Verkehrsprobleme informiert. In der Folge hat der Internationale Städtebund Bodensee eine schriftliche Anfrage ausgearbeitet, welche den Teilnehmern der heutigen Sitzung bereits vorgängig zugestellt wurde.

Josef Büchelmeier hofft auf eine inhaltliche Klärung des Themas. Wenn möglich soll eine gemeinsame Lösung über die drei betroffenen Länder hinweg gefunden werden. Es soll insbesondere nach Möglichkeiten für eine gegenseitige Pickerl- und Mautanerkennung gesucht werden. In einem ersten Schritt soll eine Kommission eingesetzt werden, die sich mit der Problematik befasst. Es ist angedacht, dass auch Vertreter der Parlamentarierkonferenz Bo-

densee in dieser Kommission Einsitz nehmen. Für die heutige Sitzung wird beantragt, dass die Teilnehmer vom geplanten weiteren Vorhaben Kenntnis nehmen und dieses unterstützen.

Die Anfrage vom Internationalen Städtebund Bodensee lautet wie folgt: Es soll eine Kommission gebildet werden. Diese soll mit Vertretern des Internationalen Städtebunds Bodensee, Vertretern der IBK und der Parlamentarierkonferenz Bodensee besetzt sein. Sie soll Anfang 2015 auf Einladung des Internationalen Städtebunds Bodensee zusammenkommen und ihren Sprecher oder ihre Sprecher selbst bestimmen.

Im Anschluss an die Vorstellung des Geschäfts ergibt sich eine kurze Diskussion zum weiteren Vorgehen. Es wird unter anderem festgestellt, dass es schwierig sein dürfte, eine zufriedenstellende Lösung zu finden, nicht zuletzt deshalb, weil nicht nur eine regionale Lösung gesucht werden kann, sondern hinter den jeweiligen Mautkonzepten nationale Interessen stehen. Die Zuständigkeit für die Mautsysteme liegt in allen beteiligten Ländern beim Bund. Josef Büchelmeier führt dazu an, dass man sich der vorhandenen Schwierigkeiten bewusst ist. Diese sollten aber gleichwohl angegangen werden. Es sollte ein Anfang gemacht werden. Er ersucht die Teilnehmer der heutigen Sitzung, mitzumachen und sich für eine Lösung einzusetzen.

Weiter wird angemerkt, dass schweizseitig nicht das ganze Land von den Verkehrsproblemen im fraglichen Raum betroffen ist, sondern allenfalls die Ostschweiz. Der Arbeitstitel sollte daher eventuell in „Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Ostschweiz“ geändert werden.

Grossratspräsident Thomas Mainberger bedankt sich für die Ausführungen und die Diskussion. Er stellt fest, dass es heute wohl lediglich darum geht, ob die Parlamentarierkonferenz Bodensee bereit ist, in einer solchen Kommission mitzumachen. Weitere Entscheide sind zum heutigen Zeitpunkt nicht zu fällen.

Die Konferenz ist grundsätzlich bereit, sich an diesen Arbeiten zu beteiligen, sofern auch die IBK mitmacht. Die Delegation der Parlamentarierkonferenz in der Kommission ist später vorzunehmen, beispielsweise durch Mailanfrage bei den Mitgliedern.

5. Präsentation Expo2027

Paul Schlegel, Kantonsratspräsident des Kantons St.Gallen, stellt das Projekt Expo2027 Bodensee-Ostschweiz vor.

Die letzte Landesausstellung fand 2002 in der Westschweiz statt, die erste wurde 1883 in Zürich durchgeführt. Da noch keine Landesausstellung in der Ostschweiz durchgeführt wurde, soll die nächste Ausgabe hier stattfinden. Die Organisation für die Ausstellung, die 2027 stattfinden soll, ist sehr langfristig, da die ganze Schweiz von diesem Projekt überzeugt werden muss. Neben der Ostschweiz sollen auch die Nachbarn, das Fürstentum-Liechtenstein, Vorarlberg, Bayern und Baden-Württemberg, in das Projekt miteinbezogen werden.

Die Planung für die Landesausstellung sieht ein Budget von Fr. 1.5 Mia. vor. Die Ausstellungsfläche soll etwa 500'000m² ausmachen. Es wird mit rund 10 Mio. Eintritten gerechnet.

Der Start für das Projekt wurde bereits 2010 gemacht. 2011 wurden ein Steuerungsausschuss und eine interkantonale Arbeitsgruppe eingesetzt. 2013 wurde ein Masterplan verabschiedet. Demnächst soll sich auch der Bundesrat zum Projekt äussern. Die weiteren Schritte in den nächsten Jahren sind:

- 2015 Grobkonzept
- 2016 Volksabstimmungen
- 2017 Machbarkeitsprüfung

Paul Schlegel ist sich bewusst, dass im Rahmen der heutigen Konferenz keine Entscheidung gefällt werden kann. Er ist aber dankbar, wenn das Projekt positiv aufgenommen und darüber berichtet wird. Die Nachbarländer sind eingeladen, mitzumachen.

Abschliessend weist er darauf hin, dass man bereits jetzt für Fr. 27.-- pro Jahr Mitglied des Vereins Expo2027 werden kann. Er ermuntert die Anwesenden, dies zu tun.

6. Vorstellung Marke Vierländerregion Bodensee

Grossratspräsident Thomas Mainberger begrüsst Thorsten Leupold, Geschäftsführer der Bodensee Standort Marketing GmbH, und erteilt ihm das Wort.

Thorsten Leupold stellt die Bodensee Standort Marketing GmbH vor. Diese umfasst geographisch die deutschen Landkreise am Bodensee samt Sigmaringen und Ravensburg, die Ostschweizer Kantone sowie Vorarlberg und das Fürstentum Liechtenstein. Das Einzugsgebiet hat eine Fläche von 11'000km², auf denen 2.2 Mio. Personen wohnen. An Infrastruktur kann die Region unter anderem drei internationale Flughäfen, drei internationale Messestandorte, zehn Tagungs- und Kongresszentren sowie zahlreiche Technologie- und Gewerbeparks bieten. Die Wirtschaftskraft in der Vierländerregion beträgt insgesamt gut 9 Mia. €.

Bezüglich der Wertschöpfung liegen die Schwerpunkte in den Bereichen Umwelttechnologie, Lebenswissenschaften und Biotechnologie, Nanotechnologie, Verpackungstechnologie, Luft- und Raumfahrttechnologie, Mobilitätstechnologie, Maschinenbau, Nahrungsmittelproduktion und Tourismus.

Die Regionenmarke Vierländerregion Bodensee wurde im Jahre 2009 geschaffen und hat am 1. Januar 2010 ihre Arbeit aufgenommen. Ziel der Regionenmarke ist die Positionierung und Vermarktung des Bodenseeraums als Wirtschaftsstandort und die Etablierung einer gemeinsamen Marketing- und Kommunikationsoffensive für die Bodenseeregion.

Als primäre Zielgruppen der Regionenmarke gelten Investoren, Unternehmer, Existenzgründer, Fachkräfte, Technologieberater sowie Forscher und Entwickler. Weitere Zielgruppen sind internationale Firmen und internationale Investoren.

Nach der Vorführung des Imagefilms der Marke Vierländerregion Bodensee macht Thorsten Leupold Ausführungen zum Internetportal der Vierländerregion Bodensee. Ausserdem informiert er über die letzte Aktion „Vier in einem Boot“, mit welcher sich die Vierländerregion Bodensee vom 11. bis 16. August in Konstanz, Rorschach, Friedrichshafen, Lindau, Romanshorn und Bregenz präsentierte.

Die ganze Initiative wird durch Interreg unterstützt. Die laufende Interregperiode endet am 31. Dezember 2014 und soll dann durch ein neues Interregprojekt abgelöst werden. Projektziele bleiben die Positionierung und Vermarktung des Bodenseeraums als Wirtschaftsstandort, die Vertiefung der grenzüberschreitenden Kommunikation und Zusammenarbeit, die Steigerung des Investitionsvolumens in der Vierländerregion, die Förderung des Wissenstransfers, die Förderung des internationalen Verständnisses sowie die Sicherung des Fachkräftebedarfs.

Abschliessend stellt Thorsten Leupold noch einige konkrete Projekte der Bodensee Standort Marketing GmbH kurz vor. Er ersucht die Anwesenden, die Bodensee Standort Marketing GmbH in ihrer Arbeit zu unterstützen und steht für weitere Auskünfte zur Verfügung.

Im Anschluss werden seitens der Teilnehmer einige Fragen gestellt, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit der Bodensee Standort Marketing GmbH mit einzelnen Kantonen oder Ländern, welche von Thorsten Leupold beantwortet werden.

7. Arsenbelastung Bahnhof Lindau

Grossratspräsident Thomas Mainberger führt aus, dass die Medien in den Sommermonaten über eine Arsenbelastung beim Bahnhof Lindau berichtet haben. Hierauf haben verschiedene Mitglieder der Parlamentarierkonferenz gewünscht, dass das Thema in die Tagesordnung aufgenommen wird, insbesondere um seitens von Bayern aktuelle Informationen zu erhalten.

Reinhold Bocklet, Vizepräsident des Bayerischen Landtags, führt aus, dass in der Tat auf dem Gelände des Hauptbahnhofs Lindau erhöhte Schadstoffwerte festgestellt wurden. Dies habe bei erhöhten Grundwasserständen zu erhöhten Arsenkonzentrationen im angrenzenden Bodenseewasser geführt. Mit Ausnahme einer einzigen Messung im Jahr 1999 seien die erlaubten Werte nie überschritten worden. Sofortmassnahmen sind nicht nötig. Eine Sanierung wird im Zuge der geplanten Verlegung des Bahnhofs Lindau vorgenommen.

Paul Wengert, Landtagsabgeordneter von Bayern, führt aus, er werde seine Anfrage, die entsprechende Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz sowie weitere Unterlagen gerne nachreichen. Er erachtet es für richtig, dass diese Thematik an einer nächsten Sitzung der Parlamentarierkonferenz Bodensee noch einmal traktandiert und diskutiert wird. Allenfalls könnte dazu ein Fachmann beigezogen werden.

Es wird beschlossen, dass das Geschäft noch einmal traktandiert wird, damit die Sache umfassend besprochen werden kann.

Grossratspräsident Thomas Mainberger sichert zu, dass die von Paul Wengert erwähnten Dokumente zusammen mit dem Protokoll versandt werden.

8. Bericht IBK

Den Teilnehmern der heutigen Sitzung wurde der Bericht der IBK mit den aktuellen Schwerpunkten und Projekten der IBK bereits vorgängig zugestellt. In Ergänzung dazu macht Ratschreiber Markus Dörig, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses der IBK, noch folgende Ergänzungen:

Projekt Low-Tech-Gebäude

Mit dem Projekt will die IBK den Bau eines Low-Tech-Gebäudes in der Bodenseeregion ermöglichen. Hierzu sind Partner zu suchen, die bereit sind, das Gebäude zu erstellen und sich finanziell zu engagieren. Die IBK würde solche Projekte in der Planungs- und Bauphase unterstützen und begleiten. Die IBK wird aber nicht selber als Bauherr auftreten.

Fracking

Im Rahmen des Strategiegesprächs wurde die Haltung der IBK zum Thema Fracking nochmals diskutiert. Dabei ging es um eine kleine Differenz zur Haltung der Parlamentarierkonferenz Bodensee. Diese hat sich bedingungslos gegen Fracking ausgesprochen, während die IBK sich ebenfalls klar gegen Fracking ausspricht, allerdings nur, soweit nicht ausgeschlossen werden kann, dass wasserführende Schichten betroffen sein können. Da diese Bedingung der IBK aufgrund des aktuellen Stands nicht erfüllt ist, ergibt sich vorderhand kein Unterschied. Die IBK ist bei ihrer Haltung geblieben.

Initiative Wirtschaftskonzil

Aus Anlass des Jubiläums 600 Jahre Konstanzer Konzil werden in den Jahren 2015 bis 2018 verschiedene Veranstaltungen durchgeführt. Der Auftakt des Veranstaltungszyklus zum Thema Wirtschaft soll am 30. April 2015 in Konstanz erfolgen. Die IBK beteiligt sich als Projektpartner an diesen Anlässen.

Verkehr

Die Kommission Verkehr prüft Möglichkeiten für strategische Aktivitäten zur grenzüberschreitenden Mobilität.

Kleinprojektfonds

Die Pilotphase für das Interregprojekt „Kleinprojektfonds“ endet im Dezember 2014. Es ist vorgesehen, das Projekt unter Interreg V fortzuführen. Dabei ist allerdings eine Änderung geplant, indem neu auch Projekte über Fr. 10'000.-- gefördert werden sollen. Gleichzeitig sollen kleine Begegnungsprojekte von Interreg entkoppelt werden und direkt durch die IBK bezahlt werden.

Nachhaltigkeitspreis

Dieses Jahr wird erstmals ein IBK-Nachhaltigkeitspreis vergeben. Es wurden 17 Projekte eingereicht. Die Verleihung soll im Rahmen der Regierungschefkonferenz vom 17. Dezember 2014 in Appenzell stattfinden.

9. Varia

- 9.1. Es wird angeregt, dass bei Abstimmungen in der Parlamentarierkonferenz Bodensee auch die Enthaltungen aufgenommen werden. Dies wird zur Kenntnis genommen und soll im Rahmen der nächsten Abstimmungen so gemacht werden.
- 9.2. Guido Wolf, Landtagspräsident von Baden-Württemberg, bedankt sich beim Kanton Appenzell Innerrhoden und insbesondere bei Grossratspräsident Thomas Mainberger für die Organisation und die Durchführung der Parlamentarierkonferenzen 2014. Er gibt einen kurzen Überblick darüber, was 2015 unter dem Vorsitz von Baden-Württemberg zu erwarten ist. Bei dieser Gelegenheit überreicht Grossratspräsident Thomas Mainberger die Schiffsglocke als Zeichen des Vorsitzes an Landtagspräsident Guido Wolf und wünscht ihm für sein Vorsitzjahr viel Glück.

Thomas Mainberger, Grossratspräsident Appenzell Innerrhoden, bedankt sich für die rege Diskussion und die aktive Teilnahme. Er erklärt die Sitzung für beendet.

Appenzell, 9. Januar 2015

Für das Protokoll

Karin Rusch

Beilagen

- 1 Referat von Martina Büchel-Germann zum Thema EUSALP - Makroregionale Strategie Alpenraum
- 2 Vernehmlassung der Parlamentarierkonferenz Bodensee zu EUSALP - Makroregionale Strategie Alpenraum
- 3 Referat von Kantonsratspräsident Paul Schlegel, St.Gallen, zum Thema Expo2027 Bodensee-Ostschweiz
- 4 Referat von Thorsten Leupold, Geschäftsführer der Bodensee Standort Marketing GmbH
- 5 Anfrage von Paul Wengert zur Arsenbelastung beim Bahnhof Lindau
Beschluss des Bayerischen Landtags zur Altlastenproblematik beim Bahnhof Lindau
Schreiben von Reinhold Bocklet vom 1. Dezember 2014 mit Unterlagen